GSP.I-01-234

Kapitel 8: International zusammenarbeiten

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

45. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
20. - 22. November 2020, Karlsruhe - DIGITAL

Antragsteller*in:	BAG Frieden und Internationales
Beschlussdatum:	27.09.2020

Änderungsantrag zu GSP.I-01

Von Zeile 233 bis 238:
Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU setzt eine gemeinsame EU-Außenpolitik voraus. ~~Es braucht eine Sicherheitsunion, die parlamentarisch kontrolliert ist. Anstatt immer mehr Geld in nationale militärische Parallelstrukturen zu leiten, sollte die verstärkte Zusammenarbeit der Streitkräfte in der EU ausgebaut und militärische Fähigkeiten sollten gebündelt werden. Dafür braucht es eine geeignete Ausstattung, den Ausbau von EU-Einheiten sowie eine Stärkung des gemeinsamen europäischen Hauptquartiers.~~Es braucht eine parlamentarisch kontrollierte Sicherheitsunion sowie eine EU-Rüstungspolitik. Dabei sollten die verstärkte Zusammenarbeit der Streitkräfte in der EU ausgebaut, militärische Fähigkeiten gebündelt, allgemein anerkannte Fähigkeitslücken geschlossen und militärische Parallelstrukturen in der EU, NATO und national reduziert und effektiv gestaltet werden. Dafür braucht es eine geeignete personelle und materielle Ausstattung, den Ausbau von EU-Einheiten sowie eine Stärkung und Konsolidierung der gemeinsamen EU-Kommandostruktur.

Begründung

Eine Europäisierung nationaler Streitkräfte ist nur bei signifikanter Erhöhung der Interoperabilität und Bündelung von Fähigkeiten möglich. Dies bedingt eine Konsolidierung der europäischen Rüstungsindustrie sowie insbesondere europäische Rüstungsexportrichtlinien für gemeinsame Rüstungsgüter. Ohne letzteres wird eine Europäisierung voraussichtlich scheitern.

Militärische Parallelstrukturen und Fähigkeitslücken existieren national, in Bezug auf die EU sowie die NATO. Dabei verfügt die NATO und die Bundeswehr über eine komplexe aber etablierte Kommandostruktur auf strategischem, operativem und taktischem Level sowie in allen Domänen/ Dimensionen (z.B. Land, Air, Maritime etc.). Im Bereich der EU fehlen insbesondere auf dem taktischen Level entsprechende durchgehende und stehende Strukturen. Ein Rückgriff auf NATO Strukturen ist daher bereits auch konzeptionell angelegt, wenn erforderlich. Es gilt also diese Schnittstellen effektiv zu gestalten und wo möglich zu reduzieren. Darüber hinaus ist fraglich, was mit dem europäischen Hauptquartier gemeint ist. Der EU stehen verschiedene durch die Nationen bereitgestellte militärische Hauptquartiere zur Verfügung (OHQ/FHQ) sowie das strategische Military Planning and Conduct Capability (MPCC) Hauptquartier. Darüber hinaus bestehen parallel die zivilen Strukturen der Civilian Planning and Conduct Capability (CPCC). Zur Komplexitätsreduzierung gibt es hier über alle Ebenen Konsolidierungspotenzial. Aus diesen Gründen sollte daher die gesamte europäische Kommandostruktur gestärkt werden.